

Drogenabhängige...

Fortsetzung von Seite 14

an, die im Vorfeld mehr zu leisten in der Lage sei als der Vollzug. Der Ausschuß bat den Justizminister für die Haushaltsberatungen 1990 ein Konzept einschließlich zusätzlicher möglicher Personalkosten zu unterbreiten, um dem Problem begegnen zu können.

Der Rechtsausschuß hatte die Landesregierung gebeten, einmal zu prüfen, ob zur Entlastung der Verwaltungsgerichte sogenannte Widerspruchsausschüsse, wie sie in Rheinland-Pfalz und Saarland bereits bestehen, in Nordrhein-Westfalen möglicherweise als Pilotprojekte eingerichtet werden könnten. Der Vertreter des Innenministeriums berichtete, daß die Prüfung unter den verschiedensten Aspekten durchgeführt worden sei und man im Innenministerium empfehle, eine Einführung von Widerspruchsausschüssen nicht durchzuführen. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Funktionalreform habe die Landesregierung eine Straffung des Verwaltungsgerichtsverfahrens favorisiert. Zum anderen sei eine Entlastung der Verwaltungsgerichte nicht wahrscheinlich. Die Kommunen befürchteten zusätzliche Sach- und Personalausgaben, und die Spitzenverbände hätten deshalb dringend von der Einführung abgeraten.

Über Strafverfahren gegen drei Richter und zwei Staatsanwälte wegen Betruges durch falsche Abrechnungen von Auslandsdienstreisen hatte der Justizminister bereits am 15. Oktober 1986 den Rechtsausschuß unterrichtet. Verschiedene Mitglieder äußerten nach der Information über den weiteren Verlauf des Verfahrens ihren Unmut darüber, daß bisher noch nicht einmal das Hauptverfahren eröffnet worden sei. Dem einzelnen Bürger könne man darüber hinaus nicht verständlich machen, so Dr. Klose und Friedrich Schreiber, daß die Richter und Staatsanwälte in ihren Funktionen tätig blieben, während in anderen Bereichen sofortige disziplinarrechtliche Maßnahmen ergriffen würden.

Einen umfangreichen Bericht über den Rechtskundeunterricht an den Schulen in Nordrhein-Westfalen legte der Justizminister in Form einer Informationsbroschüre vor. Alle Fraktionen waren sich einig, daß eine Intensivierung des Rechtskundeunterrichts unbedingt erforderlich sei und der Justizminister sich gemeinsam mit dem Kultusminister dafür einsetzen sollte.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 5007.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner
(Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304
und 884 2545, btx: # 56801*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag
intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des
Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD),
Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD),
Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Presse-
sprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Presse-
sprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Otti Hüls (CDU)

„Wir werden kämpfen für den Erhalt der Zeche Ibbenbüren, auch über 1995 hinaus“. Otti Hüls (46), CDU-Abgeordnete aus Ibbenbüren, formuliert diesen Satz mit Entschlossenheit, allerdings auch fast wie jemand, der laut in den Wald hineinruft, um so die eigene Angst zu verscheuchen.

Denn die Zukunft der Zeche Ibbenbüren ist wieder einmal mit Fragezeichen versehen, so viele waren es noch nie. Noch gar nicht lange ist es her, daß durch den Neubau eines Kraftwerks die drohende Zechenstilllegung verhindert werden konnte; die Zechengesellschaft Preussag mußte die Belegschaft von 8000 auf 5000 verringern. Daß die Weiterexistenz der Zeche Ibbenbüren jetzt wieder ins Gerede gekommen ist, liegt an den überdurchschnittlich hohen Subventionen, die für die niederflüchtige Anthrazit-Kohle erforderlich sind.

Trotzdem zeigt sich Otti Hüls zuversichtlich. Diese Zuversicht drückt sie in der Frage aus: „Kann es sich heute jemand politisch leisten, in Ibbenbüren die Zeche dichtzumachen?“ Sie jedenfalls glaubt das nicht, da die Einstellung der Kohleförderung für die Region zur Katastrophe werden könnte. Die CDU-Politikerin verweist darauf, daß das Durchschnittsalter der Ibbenbürener Bergleute bei 33 Jahren liegt, ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben also nur für sehr wenige in Frage kommt. Eine Zechenschließung würde nicht nur die 5000 Arbeitsplätze bei dem größten Arbeitgeber vernichten, sondern direkt oder indirekt auch weitere Tausende in den ohnehin strukturell schwach entwickelten Regionen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat der Kreis Steinfurt bereits den Strukturwandel in der Textilindustrie verkraften müssen, die Landwirtschaft befindet sich in einer Dauerkrise. Nach einer Stilllegung der Zeche verbliebe ein Elektrochemiewerk als einziger größerer Arbeitgeber in der 42000-Einwohner-Stadt Ibbenbüren. Die gute Verkehrsinfrastruktur mit dem nahen Flughafen Münster/Osnabrück, dem Mittellandkanal und Autobahnen könnte sich auf lange Sicht als positiver Faktor erweisen.

Bis dahin aber — und darüber läßt Otti Hüls nicht mit sich diskutieren — muß auf der Zeche Ibbenbüren weiter gefördert werden, im Interesse der Region und der dort lebenden Menschen. Deshalb sei es notwendig, über den Wärmemarkt den Absatz der Ibbenbürener Kohle zu sichern. Nicht nur der Staat, auch die Energieversorgungsunternehmen seien hier in besonderem Maße gefordert.

Auch im Landesparlament setzt sich die CDU-Abgeordnete mit Nachdruck für die Ibbenbürener Kohle ein, obwohl Wirtschafts- und Strukturpolitik nicht ihre eigentlichen Arbeitsbereiche sind. Die ehemalige Apothekenhelferin, verheiratet mit einem Finanzbeamten und Mutter von zwei erwachsenen Söhnen, ist Mitglied in den Ausschüssen für

Arbeit und Soziales sowie für Jugend und Familie. Obwohl ihre Wurzeln in der Frauenpolitik liegen, hat sie die Entscheidung ihrer Fraktion mitgetragen, einen Frauenausschuß abzulehnen und stattdessen einen Unterausschuß des Ausschusses für Jugend und Familie zu fordern.

In die CDU ist sie 1970 eingetreten, als Reaktion auf die 68er Entwicklungen. Im damals noch bestehenden Kreis Tecklenburg gründete sie die Frauenvereinigung ihrer Partei. Bei ihrem Eintritt zählte der Kreisverband 92 weibliche Mitglieder, vier Jahre später waren es bereits rund 400. Der heutige — größere — Kreisverband Steinfurt hat insgesamt 7000 Mitglieder, darunter 1700 Frauen. Rückblickend stellt Otti Hüls fest: „Es war gar nicht so leicht, Frauen zu politischem Engagement zu bringen.“ Mittlerweile sei es fast selbstverständlich, daß die Zahl der CDU-Frauen in den Räten des Kreises Steinfurt sich bei der letzten Kommunalwahl um ein Drittel erhöht habe. Bei der bevorstehenden Kommunalwahl erwartet sie eine weitere Steigerung. Vor diesem Hintergrund hält sie eine Quotenregelung für einen ungeeigneten Weg.

Radikale Lösungen entsprechen ohnehin nicht dem Naturell der CDU-Politikerin. So ist sie nicht Mitglied der CdL („Christen für das Leben“), obwohl sie die hohe Zahl der Abtreibungen für unerträglich hält: „Da muß etwas geschehen!“ Nach ihrer Auffassung jedoch keine Änderung des Paragraphen 218 StGB, sondern eine Verbesserung der Beratungspraxis. Es sei doch nicht hinnehmbar, daß in einem Wohlfahrtsstaat wie der Bundesrepublik über 80 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche aufgrund sozialer Indikationen vorgenommen würden. Bei der sozialen Indikation müßten nach ihrer Ansicht ähnlich scharfe Maßstäbe angelegt werden wie bei der medizinischen.

In fast 20 Jahren politischer Arbeit ist für private Interessen nur noch wenig Raum geblieben. Abwechslung bieten Reisen, um „andere Menschen und Länder kennenzulernen“. Für Otti Hüls ist auch dies mit Politik verbunden: In besonderem Maße interessiert sie sich für osteuropäische Länder. Ludger Audick